

Korinna Schumann
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.718.912

Wien, 28.10.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3174/J der Abgeordneten Ralph Schallmeiner, Freundinnen und Freunde betreffend Wann wird die Einschätzungsverordnung reformiert?** wie folgt:

Fragen 1 bis 6:

- *Welche konkreten Schritte unternehmen Sie zur Reform der Einschätzungsverordnung?*
- *Wie ist die Gruppe zusammengesetzt, die die geplante Studie zur Weiterentwicklung der Einschätzungsverordnung begleiten soll?*
- *Wie oft hat sich die Begleitgruppe zum Thema Einschätzungsverordnung bereits getroffen?*
- *Wurde die geplante Studie bereits in Auftrag gegeben, wenn nein, für wann ist die Beauftragung geplant?*
- *Gibt es bereits Überlegungen wie die Einschätzungsverordnung gestaltet werden soll, um in Zukunft schneller und flexibler auf neue Erkrankungen oder Behinderungen im Alltag reagieren zu können?*
- *Wie soll in Zukunft sichergestellt werden, dass an das Ergebnis der Beurteilung passende Leistungen anschließen?*

Unbestritten handelt es sich bei der Einschätzungsverordnung um eine zentrale bundesgesetzliche Grundlage für Menschen mit Behinderungen.

Wie dem Nationalen Aktionsplan Menschen mit Behinderungen 2022-2030 entnommen werden kann, den ich ausdrücklich unterstütze, sieht dieser konkrete Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Einschätzungsverordnung vor. Darauf basierend ist zunächst eine Studie zur Weiterentwicklung der Einschätzungsverordnung zu beauftragen, damit in weiterer Folge der erforderliche legislative Prozess eingeleitet werden kann. Als allgemein anerkannte wissenschaftliche Grundlage soll die Studie als Diskussionsbasis für die weiteren legislativen Umsetzungsprozesse herangezogen werden. Konkret wäre für 2024 Folgendes vorgesehen gewesen, was jedoch leider nicht zur Umsetzung kam:

„Einrichtung einer Begleitgruppe zu Ausschreibung, Begleitung und Bewertung der Auswirkung einer Studie zur Weiterentwicklung der Einschätzungsverordnung unter Einbindung der Organisationen von Menschen mit Behinderungen.“

Die UN-Behindertenrechtskonvention berücksichtigend, beabsichtige ich, dies nachzuholen und die Arbeitsgruppe unter verpflichtender Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen mit Anfang 2026 einzurichten.

Nach Vorliegen der Studienergebnisse wird im Dialog mit den Menschen mit Behinderungen zu erörtern sein, welche legislativen Maßnahmen im Sinne einer konventionskonformen Umsetzung erforderlich sind. Selbstverständlich liegt mein Bestreben auch darin, dass die Länder in diesen zukunftsorientierten Prozess entsprechend eingebunden sind.

Generell ist anzumerken, dass die Einschätzungsverordnung keine Auflistung von Diagnosen oder Erkrankungen ist. Die Beurteilung und Einschätzung der Leiden erfolgt nach deren funktionellen Defiziten, unabhängig von der Ursache der Erkrankung. Daher kann bereits jetzt rasch und flexibel auf neue Erkrankungen bzw. Behinderungen und den daraus resultierenden funktionellen Auswirkungen reagiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

